

«Die Schweiz soll nicht erst unter Druck reagieren und damit eine schädliche Kampagne gegen das Land riskieren»: SP-Co-Präsidentin **Mattea Meyer**.
Foto: Keystone



«Völkerrechtlich ist für mich klar, dass Russland aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffs der Ukraine Schadenersatz schuldet»: FDP-Vizepräsident **Andrea Caroni**.
Foto: Keystone

Schweizer Oligarchengeld für die Ukraine

Sanktionen SP und bürgerliche Politiker fordern, dass eingefrorene russische Vermögen enteignet und für den Wiederaufbau verwendet werden.

Denis von Burg, Adrian Schmid und Cyrill Pinto

Die Schweiz soll Vermögen von sanktionierten russischen Personen und Unternehmen nicht nur einfrieren, sondern enteignen und der Ukraine für den Wiederaufbau des Landes übergeben. Das fordert jetzt die Sozialdemokratische Partei und erhält Unterstützung bis weit ins bürgerliche Lager.

Nächste Woche wird die SP im Nationalrat eine Motion einreichen, die verlangt, dass die Schweiz autonom Gelder von sanktionierten Personen nicht nur einfrieren, sondern «einziehen und einem bestimmten Zweck zuführen kann». Insbesondere soll es möglich sein, die «Vermögenswerte Putin-naher Oligarchen in die internationalen Bemühungen zum Wiederaufbau der Ukraine einfließen zu lassen», bestätigt SP-Co-Präsidentin **Mattea Meyer** die Forderung ihrer Partei. Meyer: «Eines Tages wird sich die Frage nach der Finanzierung des Wiederaufbaus ukrainischer Infrastrukturen stellen. Und es ist kaum vorstellbar, dass sich die Russische Föderation bereit erklären wird, Reparationen zu zahlen. Deshalb müssen die eingezogenen Vermögen verwendet werden können.»

Das wäre ein Tabubruch in der Schweizer Sanktionspolitik. Dass eingefrorene Vermögen dauerhaft behalten und nicht mindestens einer legitimen Regierung im Herkunftsland zurückerstattet werden, ist im Embargogesetz nicht vorgesehen. Doch für Meyer ist der Zeitpunkt gekommen, einen neuen Weg zu gehen, weil der Schweiz im Umgang mit den russischen Vermögen eine besondere Verantwortung zukomme. Meyer: «In der Schweiz liegen überdurchschnittlich viele Vermögen von sanktionierten russischen Oligarchen. Es ist nur richtig, dass diese dem Land zugutekommen, welches gerade von Putin zerstört wird.»

In erster Linie Gelder der Führungsriege um Putin

Man geht davon aus, dass in der Schweiz russische Vermögen in der Höhe von 200 Milliarden Franken liegen. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine haben die Behörden 7,5 Milliarden, die Putin-nahen Kreisen gehören, aufspüren und blockieren können. Experten gehen davon aus, dass noch viel mehr zu sanktionierende Vermögen in schwer durchschaubaren Konstrukten zu finden wären.

Angesichts dieser Zahlen wagen jetzt auch bürgerliche Poli-

tiker den Tabubruch und schliessen sich der Forderung der SP an. **Andrea Caroni**, FDP-Vizepräsident und Spezialist für Rechtsfragen und Aussenpolitik, sagt: «Völkerrechtlich ist für mich klar, dass Russland aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffs der Ukraine Schadenersatz schuldet. Ich unterstütze es, wenn wir die konfiszierten Gelder aus Russland als eine Art Akontozahlung für den Wiederaufbau verwenden.»

In erster Linie seien dabei Mittel einzusetzen, die «klar dem russischen Staat und der Füh-

rungsriege um Putin zugeordnet werden können», sagt Caroni. Private Vermögen einfach einzuziehen, sei dagegen heikel. Diesen Leuten müsse man zumindest die Möglichkeit einräumen, sich definitiv von Putin loszusagen, um von den Sanktionslisten gestrichen zu werden.

Der Wiederaufbau wird sehr viel Geld kosten

Der ukrainische Botschafter in der Schweiz «befürwortet die Bestrebungen, beschlagnahmte russische Gelder für den Wiederaufbau in der Ukraine einzuset-

zen». Die Bevölkerung in der Ukraine brauche das Gefühl, dass es nach dem Krieg weitergehe, sagt **Artem Rybchenko**.

Überhaupt ist man in der Politik inzwischen der Meinung, dass die Schweiz diesen Schritt ohnehin früher oder später machen müsse. «Die Schweiz soll nicht erst unter Druck reagieren und damit eine schädliche Kampagne gegen das Land riskieren», sagt Meyer und fordert deshalb Tempo.

Tatsächlich ist die Kampagne, wenn auch indirekt, bereits angelaufen. Diese Woche hat in den

USA die Helsinki-Kommission scharfe Kritik geübt. Die Schweiz sei nicht nur eine führende Helferin von **Wladimir Putin** und seinen Kumpanen, sondern seit langem als Destination für Kriegsverbrecher und Kleptokraten bekannt, um Beute zu verstauen, liess sie verlauten. Wenn die Schweiz konfiszierte Gelder für den Wiederaufbau freigegeben würde, könnten die Gemüter in den USA womöglich schon etwas besänftigt werden.

Und die USA gehen bei der Enteignung russischer Vermögenswerte schon zügig voran. Präsident **Joe Biden** hat letzte Woche eine Vorlage in den Kongress geschickt, um das Gesetz so zu ändern, dass die Amerikaner Gelder von russischen Oligarchen konfiszieren und zur Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine verwenden können.

Zuvor hatten bereits renommierte Ökonomen des Centre for Economic Policy Research (CEPR) in einem Plan für den Wiederaufbau der Ukraine ähnliche Vorschläge gemacht. Klar ist, dass der Wiederaufbau der Ukraine sehr viel Geld kosten wird. Der ukrainische Premierminister **Denis Schmyhal** schätzte die Kosten auf 600 Milliarden Dollar, wie er kürzlich sagte. Und das dürfte noch vorsichtig gerechnet sein.

Anwaltsgeheimnis gerät ins Wanken

Die scharfe Kritik der Helsinki-Kommission der USA an der Schweizer Sanktionspolitik zeigt erste Wirkung: Bei der Meldung von Vermögenswerten sanktionierter Personen könnte das Anwaltsgeheimnis fallen. Selbst Bürgerliche sehen den Handlungsbedarf. «Heute ist nicht eindeutig, was vorgeht, das Sanktionsregime oder das Anwaltsgeheimnis. Das müssen wir klären», sagt FDP-Vizepräsident und Rechtsanwalt **Andrea Caroni**.

Der grüne Nationalrat **Raphaël Mahaim** wird das Thema mit einem Vorstoss ins Parlament bringen, wie er bestätigt. «Anwälte

müssen ihren Beitrag leisten, damit die Sanktionen durchgesetzt werden», sagt der Waadtländer Advokat. «Wenn Anwälte nicht im klassischen Sinne Leute vertreten, sondern wie Finanzdienstleister agieren, dürfen sie sich nicht hinter dem Anwaltsgeheimnis verstecken.» Druck macht auch die SP. Sie fordert ein öffentliches Register für wirtschaftlich Berechtigte und Anwälte, zudem sollen sie dem Geldwäschereigesetz unterstellt werden. Im letzten Jahr lehnte das Parlament eine solche Regelung noch ab.

In der Branche gibt es nach wie vor Widerstand. Kürzlich

brachten Genfer Anwälte dem schweizerischen Verband in einem Brief ihre «tiefe Besorgnis» zum Ausdruck. Sie befürchten, dass eine Aufhebung des Geheimnisses bei Sanktionen «zu pflichtwidrigem Verhalten» bei Anwälten führen könnte. Das Schreiben liegt der Redaktion vor.

Doch auch das Finanzdepartement von **Ueli Maurer** reagiert jetzt: Es plant, «so rasch wie möglich und noch dieses Jahr mit der Branche Kontakt aufzunehmen, um Lösungsansätze zu diskutieren», wie es auf Anfrage heisst.

ANZEIGE

Schlaf gut, Rücken gut.

*
**SCHLAF
BONUS**

*Wir schenken Ihnen 10% Schlafbonus auf riposa Produkte. Angebot gültig vom 14.3. bis 14.5.2022 in Ihrem Fachhandel. riposa.ch